

A1 Finanzlage der kreisfreien Städte

Antragsteller*in: Lea & Natalie (KV Kaiserslautern & Trier)

Status: Modifiziert

Antragstext

- 1 Schluss mit Zwang zu bodenloser kommunaler Verschuldung!
- 2 Die Finanzlage der kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz ist nicht nur würdelos
- 3 – sondern schlicht verfassungswidrig
- 4 Die kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz gehören zu den am höchsten
- 5 verschuldeten Städten Deutschlands. Laut Rechnungshof-Bericht von 2015 ist
- 6 Pirmasens die Stadt mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung deutschlandweit, es
- 7 folgen Kaiserslautern auf Platz 2, Zweibrücken auf Platz 6, Ludwigshafen auf
- 8 Platz 7 und Trier auf Platz 10. 85% aller kommunaler Kassenkredite in
- 9 Deutschland sind von Kommunen in NRW, dem Saarland und Rheinland-Pfalz. Das
- 10 zeigt: In Rheinland-Pfalz gibt es ein strukturelles Problem hinsichtlich der
- 11 Ausfinanzierung von Kommunen, ganz besondere der kreisfreien Städte. Die Folge
- 12 jahrzehntelanger struktureller Defizite sind massive Investitionsdefizite und
- 13 Verschuldungen, die die betroffenen Kommunen aus eigener Kraft niemals abbauen
- 14 können.
- 15 Die finanzielle Situation unserer Kommunen höhlt die kommunale Selbstverwaltung
- 16 aus und ist unserem demokratischen Gemeinwesen absolut abträglich. Dies zeigt
- 17 sich insbesondere bei den sogenannten „freiwilligen Leistungen“: Alljährliche
- 18 Konflikte mit der ADD, weil die Haushalte nicht den aktuellen Gesetzen
- 19 entsprechen können. Die dabei erlangten Deals führen zu Gebührenerhöhungen für
- 20 Musikschulen, erhöhten Eintrittsgeldern bei Schwimmbädern, beziehungsweise
- 21 gleich zu deren Schließung, zu Bibliotheken, die kaum noch Literatur beschaffen
- 22 können, zu Diskussionen um Zoos, Wildparks und Theater. Man kann das würdelos
- 23 nennen. Es verstößt jedoch gegen unsere Verfassung, denn das Recht auf kommunale
- 24 Selbstverwaltung gilt überall im Lande – auch in den kreisfreien Städten. Wie
- 25 vom Landesverfassungsgericht anerkannt, gehört zu diesem Recht eine
- 26 Finanzausstattung, die „freiwillige Leistungen“ in angemessenem Umfang
- 27 ermöglicht.
- 28 Die Realität in Rheinland-Pfalz hat mit gerechter, grüner und nachhaltiger
- 29 Politik nichts zu tun. Die Landesregierungen haben sich diesem Problem bisher
- 30 bestenfalls halbherzig angenommen – trotz einschlägiger Urteile von
- 31 Verwaltungsgerichten bzw. vom Landesverfassungsgericht. Für die Schuldenbremse
- 32 auf Landesebene bezahlen die Kommunen und besonders die kreisfreien Städte.
- 33 Grüne Politik muss sein, diesen Zustand zu beenden. Dafür sind drei
- 34 wesentliche Punkte entscheidend:
- 35 1. Es muss einen Altschuldenschnitt geben. Angesichts der Niedrigzinsphase ist
- 36 der Zeitpunkt hierfür günstig. Hessen hat es mit der Hessenkasse vorgemacht,
- 37 selbst das Saarland hat ein Modell umgesetzt. Nun ist endlich Rheinland-Pfalz
- 38 gefragt – die Chance darf nicht verpasst werden.
- 39 2. Die Mittelzuweisungen des Landes müssen bedarfsgerecht sein.

40 3. Das Konnexitäts-Prinzip ist vollständig einzuhalten: Vom Land verlangte
41 Leistungen wie z.B. der Betrieb von Kindergärten, Schulbuchausleihe,
42 Beförderungskosten für Schüler/innen und weitere Sozialleistungen müssen
43 vollständig vom Land refinanziert werden.

44 Die Grünen auf Landesebene haben sich diesem Problem lange Zeit nahezu nicht
45 gestellt, sondern sich eher weggeduckt. Dies können wir als Kreisverbände der
46 betroffenen Kommunen nicht länger akzeptieren. Wir fordern, dass unsere Probleme
47 ernst genommen und prioritär angegangen werden! Es sei in aller Bescheidenheit
48 darauf verwiesen, dass das Gros unserer Wähler aus den kreisfreien Städten
49 kommt. Es muss im Landtagswahlprogramm ein klares Bekenntnis zu den Städten und
50 den von uns genannten drei Punkten an prominenter Stelle geben. Wir fordern von
51 der künftigen Landtagsfraktion konkrete Maßnahmen, um dieser
52 Verschuldungsspirale ein Ende zu setzen. Demokratie fängt vor Ort an. Doch wenn
53 Kommunen keinerlei politische Spielräume mehr haben, ist ökologische und
54 nachhaltige Politik auf dieser Ebene nicht mehr möglich.